



European Trade Union Confederation (ETUC)
Confédération européenne des syndicats (CES)

EGB Konferenz zur halben Mandatslaufzeit Paris, 27-28 Mai 2009

Pariser Erklärung des EGB

Pariser Erklärung des EGB

Europa steht eine neue Massenarbeitslosigkeit bevor. Das kommende Jahr wird eine Arbeitsplatzvernichtung in einem seit den 1930er Jahren ungekannten Ausmaß bringen. Die Antwort der (europäischen wie auch nationalen) Institutionen war bis jetzt nicht auf der Höhe des Problems.

Der Grund für diesen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist das in den letzten 30 Jahren vorherrschende neoliberale Wirtschaftsmodell. Sein Zusammenbruch hat die Wirtschaftskatastrophe ausgelöst, die Europa und der Rest der Welt gerade durchleben. Zu viele in dem aufgeblähten Finanzdienstleistungssektor hingen dem Glauben an die wundersame Geldvermehrung an. Langfristig ausgerichtetes und umsichtiges Handeln geriet ins Hintertreffen, als die Wall Street, London und andere Finanzzentren Gier und Spekulation als Losung ausriefen. Schon vor dem Zusammenbruch waren ein rascher Anstieg von Ungleichheiten, die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und der Druck, den Einfluss des Sozialstaates sowie die Arbeitnehmerrechte und Tarifverhandlungen einzuschränken, die Folge. Jetzt müssen noch die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die steigende Arbeitslosigkeit und ein in vielen Ländern eingetretener Nachfrageeinbruch hinzugerechnet werden.

Die Bürger erwarten von den Regierungen und den Gewerkschaften durch Maßnahmen des öffentlichen Sektors die Wiederherstellung des den Marktkräften überlassenen demokratischen Gleichgewichts. Der EGB fordert, dass der Finanzkapitalismus „nie wieder“ in die Lage kommen darf, der Welt, Europa und den Arbeitnehmern die Lasten einer solchen Krise aufzubürden und dass wachsende Ungleichheiten nie wieder auf Unterstützung, Indifferenz oder Missachtung der demokratischen Regierungen stoßen können.

Der EGB steht voll und ganz hinter den Argumenten der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Bekämpfung der Krise. Europa fällt dabei eine wichtige und besondere Rolle zu. Die EU verfügt als größte Wirtschaftseinheit der Welt über die einzigartige Möglichkeit, sowohl direkte als auch koordinierte Maßnahmen zu treffen. Sie muss daher vorangehen und nicht hinterherlaufen. Zu oft schien es, dass sie von den großen Ländern in den Hintergrund gedrängt wurde. Wenn sich die EU jedoch nicht zu konzertiertem Handeln durchringen kann, wird der Druck auf die großen Errungenschaften des Binnenmarktes, die Einheitswährung und Erweiterungspläne weiter zunehmen, da die Mitgliedstaaten dazu übergehen, ihre eigenen handels-, geld- und außenpolitischen Strategien zu entwickeln. Die EU muss ihre Verantwortung

gegenüber den Mitgliedstaaten, die dem größten Druck ausgesetzt sind, wahrnehmen und handeln, um zu verhindern, dass sie auf den Internationalen Währungsfonds angewiesen sind. IWF-Interventionen sollten jedenfalls eher auf die Wahrung des sozialen Zusammenhalts als auf die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Dienstleistungen abzielen.

Die EU benötigt eine überzeugende Strategie gegen die Arbeitslosigkeit. Der EGB fordert einen sozialen „New Deal“ in der EU als Triebkraft für soziale Gerechtigkeit sowie mehr und bessere Arbeitsplätze. Dieser umfasst folgende Kernpunkte:

Mehr und bessere Arbeitsplätze: Investitionen in ein erweitertes europäisches Konjunkturprogramm, um neue Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Der EGB fordert den Europäischen Rat und die Europäische Kommission auf, ein europäisches Investitionsprogramm in Höhe von jährlich 1 % des BIP aufzulegen, das mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, Innovation, Forschung und Entwicklung fördern, die Beschäftigung in den Schlüsselindustrien sichern, in neue, umweltfreundliche und nachhaltige Technologien investieren sowie hochwertige öffentliche Dienstleistungen bewahren soll.

Stärkung des Sozialsystems für mehr Sicherheit und Gleichstellung und zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung
Der EGB fordert eine umfassende und starke europäische Sozialagenda, um die Menschen in Arbeit zu halten und Schutz und geeignete Weiterbildungsmaßnahmen für alle Arbeitnehmer sicherzustellen unter Berücksichtigung der Vielfalt und der Notwendigkeit zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts mit stabilem Einkommen und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für alle. Sozialpolitik und öffentliche Dienste in Europa sollten nicht durch eine strikte Anwendung des Stabilitätspakt unterhöhlt werden, indem zu frühe und zu große Einschnitte zur Budgetkonsolidierung erfolgen, sobald die wirtschaftliche Aktivität aufhört, zu schrumpfen.

Stärkung der Arbeitnehmerrechte und Beendigung der vorherrschenden Kurzfristorientierung der Märkte
Zur Eindämmung des Trends zu einem Anwachsen der Ungleichheiten sind stärkere Rechte vonnöten. Der EGB fordert ein Protokoll zum sozialen Fortschritt, das Sozialrechten und Kollektivmaßnahmen sowie einer Stärkung der Entsenderichtlinie, die sich auf Gleichbehandlung und das Recht am Arbeitsort stützt, Vorrang einräumt. Der EGB reklamiert auch effiziente Arbeitnehmermitbestimmung und eine Demokratisierung der Arbeitswelt. Die Stärkung der Arbeitnehmerrechte ist besonders

dringend erforderlich, um die zunehmende Verbreitung unterschiedlicher Formen von unsicheren und atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu stoppen.

Mehr Lohn: Stärkung der Kollektivverhandlungen

Lohnstopps und Nominallohnkürzungen sind zurückzuweisen. Bei Einbrechen der Nachfrage ist die Wahrung der Kaufkraft ein Gebot der Stunde. Der EGB setzt sich daher für eine Stärkung der Tarifverhandlungen und der Instrumente zur Lohnfindung ein mit dem Ziel reale Lohnzuwächse sicherzustellen, die den Wirtschaftsaufschwung unterstützen. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss sich künftig für Wachstum und mehr und bessere Beschäftigung und nicht nur für Preisstabilität starkmachen. Die EZB darf nach dem Ende der unmittelbaren Krise nicht versuchen, Tarifverhandlungen durch frühzeitige Heraufsetzung der Zinsen zu beeinflussen und zu schwächen. Der EGB fordert die Einrichtung eines Beratungsgremiums mit Vertretern der europäischen Sozialpartner innerhalb der EZB.

Europäische Solidarität als Schutz gegen die Exzesse des Finanzkapitalismus:

Wirksame Regulierung der Finanzmärkte und gerechte Verteilung des Wohlstandes sind unumgänglich und es darf kein Zurück zum Kasinokapitalismus bzw. zum „Business as usual“ der letzten 20 Jahre auf den Finanzmärkten geben. Der EGB fordert eine markante Erhöhung der europäischen Sozialausgaben durch eine Ausdehnung der Aktivitäten der europäischen Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Auch der Steuerwettbewerb in den liberalisierten Märkten muss angegangen werden, da dieser eine Bedrohung für das soziale Europa darstellt. Europa muss bei der Finanztransaktionssteuer eine Vorreiterrolle einnehmen.

Der EGB wird in nächster Zeit spezielle Strategien ausarbeiten, um die gewaltigen Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich einer auf Innovation, Forschung und nachhaltiger Entwicklung basierenden Industriepolitik, zu meistern.

Die verstärkte Berücksichtigung von Sozialthemen in allen europäischen Politikbereichen, die Einführung von Sozialvorschriften für Transaktionen der öffentlichen Hand, die Anerkennung entsprechender Tarifvereinbarungen, die Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen durch Sozialdumping oder Deflationspolitik, die Sicherung von Pensionen und Leistungen sowie der Ausbau der Mindestlöhne und Tarifbindung sind von entscheidender Bedeutung. Die soziale Dimension Europas führte zu

lange nur ein Schattendasein. Jetzt ist es an der Zeit, Europa zu stärken und seine sozialen Ambitionen wiederzubeleben.

Diese Erklärung verfolgt zweierlei Ziele: **Die Krise bekämpfen – und die Nachkrise meistern.** Eine weite Verbreitung und breite Diskussion dieser Inhalte ist vonnöten, da Europa das Desaster in der Finanzwelt hart trifft. Die europäische Gewerkschaftsbewegung kann jedoch die Gelegenheit ergreifen, um eine bessere, gerechtere Gesellschaft und ein stärkeres, besser integriertes Europa zu schaffen. **Jetzt geht die Mobilisierung für die Agenda der Pariser Erklärung des EGB los.**
